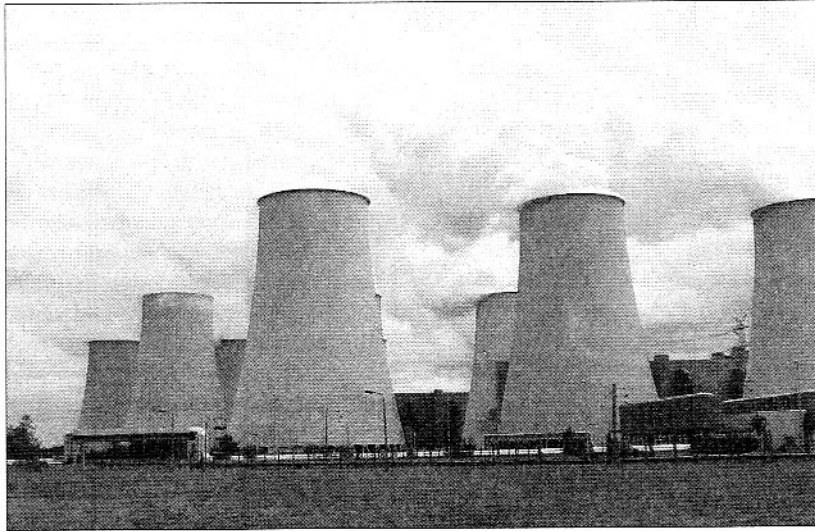


Braunkohle schwächt die Bergbaukommunen



Das Braunkohlekraftwerk Jänschwalde

Foto: René Schuster

Erschienen in Acid News 1/2017

Die deutsche Braunkohlenutzung hat sich seit 1990 um fast zwei Drittel verringert. Die meisten verbleibenden Stromkraftwerke werden aber weiterhin benötigt bis im Jahr 2022 die restlichen 13,1% des Kernenergieanteils überflüssig geworden sind. Die erneuerbaren Energien sollen diese entstehende Versorgungslücke wieder ausgleichen. Die Braunkohle wird noch so lange ein knappes Viertel des Strombedarfs abdecken.

Sobald jedoch die nukleare Erzeugung vollständig abgelöst worden ist, können die Braunkohlekraftwerke nach und nach stillgelegt werden, um die Ziele der Treibhausgasreduktion zu erreichen. Das dürfte nicht schwer fallen, denn viele Anlagen sind schon unrentabel geworden.

Deutschlands größter Braunkohlekonzern, die RWE AG im Rheinland, hat zur Kostensenkung in den letzten drei Jahren bereits 10.000 Mitarbeiter (14% der Gesamtbelegschaft) entlassen. Die alljährlichen Dividenden zugunsten von lokalen Städten und Banken, die fast ein Viertel der Unternehmensaktien besitzen, sind ausgesetzt worden. Die kommunalen Aktionäre der RWE sind gesetzlich dazu verpflichtet, Verluste unter dem ursprünglichen Kaufpreis abzuschreiben. Aus diesem Grund verlor die Stadt Essen 680 Mio. Euro der Bestandsbewertung allein im Jahre 2013. Bochum hat vor kurzem seine

6,6 Millionen RWE-Aktien zu einem Stückpreis von weniger als 15 Euro verkauft, gegenüber 100 Euro vor einem Jahrzehnt. Zuletzt hat RWE für das Jahr 2016 einen Verlust von 5,7 Mrd. Euro ausgewiesen.

Braunkohletagebaue und -kraftwerke gewährleisten daher keinen regionalen Wohlstand mehr. Die Situation in Ostdeutschland ist besonders dramatisch. Die Stadt Neukieritzsch mit weniger als 7.000 Einwohnern profitierte früher von den höchsten Gewerbesteuererträgen in Westsachsen. Nachdem jedoch Vattenfall im Jahr 2015 sein 934 Megawatt (MW) Lippendorf-Kraftwerk zum Verkauf anbot, sind bis 2006 zurückreichende Gewerbesteuern zurückgefordert worden. Beträge von insgesamt über 1.600 Euro je Einwohner wurden seither von Neukieritzsch an das schwedische Unternehmen abgeführt.

Vattenfall verkaufte im Jahr 2016 drei weitere Kraftwerke und vier Tagebaue in der Lausitz, wo bereits weit verbreitete kommunale Insolvenzerscheinungen aufgetreten waren. Boxberg, einst Sachsens wohlhabendste Stadt im Verhältnis zu 4.675 Einwohnern, musste mehrere Millionen Euro zurückerstatten, die zuvor für ihr 2.575 MW Kraftwerk eingenommen worden waren.

Auch in Brandenburg wurden für das 2 x 800 MW Schwarze Pumpe KWK-Kraftwerk zusammen mit dem dortigen Tagebau Welzow Süd Landes- und

Gemeindesteuern um 40 Mio. Euro zurückgezahlt. Am 3.000 MW Kraftwerk Jänschwalde nahe der polnischen Grenze sind Gewerbesteuern in Höhe von über 29 Mio. Euro von den Gemeinden Teichland, Peitz und dem Konzernhauptszitz Cottbus erstattet worden.

Vattenfall hat noch 2013 auf eine ausreichend gute Gewinnlage verwiesen, um vom Verkauf ihres Braunkohlebestandes abzusehen. Doch bis zur Bekanntgabe der neuen Nachfolgesellschaft LEAG im Jahr 2016 hatten bereits viele Gemeinden abgeänderte Steuerbescheide mit erhöhten Erstattungsverpflichtungen erhalten. Obwohl unter dem Steuergeheimnis die Veröffentlichung von Zahlenangaben untersagt ist, hatten lokale Zeitungen über Rückerstattungen von weit über 100 Millionen Euro berichtet. Die insgesamt an Vattenfall geleisteten Ausgleichszahlungen liegen wahrscheinlich noch viel höher.

Infolge undurchsichtiger Besteuerungspraktiken und der unsicheren Rendite einzelner Braunkohlebetriebe verfügen die Energiekonzerne bei den Städten und Gemeinden weiterhin über potenzielle Möglichkeiten zur Steigerung ihres Kapitalvermögens. Beim staatlich vorgegebenen Zinssatz von 6% wirken alle steuerlichen Schuldentrückzahlungen wie hoch verzinsten Kredite an die Braunkohleindustrie, die auf Kosten der Allgemeinheit finanziert werden.

Die Gemeinden sind zugleich mit den umweltschädlichen Folgen des Bergbaus konfrontiert. Das zurückgewonnene Land ist landwirtschaftlich weniger produktiv als der frühere Naturboden. Gebäude können nicht errichtet werden, bevor sich der Untergrund gefestigt hat. Das Grubenwasser, das in ehemaligen Bergbauebenen wieder aufsteigt, kann örtliche Flüsse verunreinigen und die Trinkwasserversorgung gefährden.

Zur Überwindung dieser Hindernisse haben die Braunkohleregionen nun damit begonnen, ihre eigenen Entkarbonisierungsstrategien zu entwickeln. Eine große Anzahl von erneuerbaren Energieanlagen befindet sich bereits auf denselben Grundstücken, die früher von der Braunkohleindustrie verwendet wurden.

■ Jeffrey H. Michel